



Stans, 10. Mai 2021

Medienmitteilung

„Eidg. Abstimmungsvorlagen 13.06.2021“

Sidwalden sagt ja zum CO₂- Gesetz, zum Covid-Gesetz und zu den beiden Agrarinitiativen. Das Antiterrorgesetz lehnt die SP Nidwalden ab.

Das **CO₂- Gesetz** stellt einen wichtigen Schritt zur Reduktion des CO₂- Ausstosses dar. „Wird das Gesetz abgelehnt, verlieren wir entscheidende Jahre im Kampf gegen die anhaltende Erderwärmung und den drohenden Klimakollaps“ betont Landrat Daniel Niederberger (Stans). Die Ziele des Pariser Abkommens, zu welchen sich die Schweiz in einer Staatengemeinschaft verpflichtet zu erreichen, würden in weite Ferne rücken. Das können wir uns nicht leisten und sagen darum **JA** zu diesem Gesetz.

Das **Anti-Terrorgesetz** schafft die Unschuldsvermutung ab und lässt zu, dass jemand auf den blossen Verdacht hin und ohne konkrete Beweise bis zu 9 Monate unter Hausarrest gestellt werden kann.

Hinzu kommt, dass die Gewaltentrennung untergraben wird, da Massnahmen wie Kontaktverbote, Ortsbeschränkungen und Ausreiseverbote neu direkt von der Polizei angeordnet werden können und nicht ein Gericht diese Massnahmen wie bisher anordnet. Dieser Freiheitsentzug kann bereits gegen Kinder ab 12 Jahren angeordnet werden. Damit verstösst das Gesetz nicht nur gegen die Menschen- sondern auch gegen die Kinderrechtskonvention. „Die Gesetzesvorlage sorgt für Unsicherheit und Willkür“ bemängelt Landrätin Sandra Niederberger (Hergiswil). Das will die SP Nidwalden entschieden nicht und empfiehlt die **NEIN**-Parole.

Die intensive Landwirtschaft setzt riesige Mengen an Pestiziden und Antibiotika ein. Das vergiftet unser Trinkwasser und unsere Nahrung, bedroht die Biodiversität und gefährdet so unsere Gesundheit. Das perfide: Diese Wasserverschmutzung wird mit Milliarden an Steuergeldern subventioniert. Die SP Nidwalden sagt **JA** zu „sauberem **Trinkwasser** und gesunder Nahrung“ sie sagt auch **JA**, zur **Pestizid-Initiative**. Synthetische Pestizide in der verarbeitenden und produzierenden Landwirtschaft und in der Boden- und Landschaftspflege gehören, zum Schutz von unserer Gesundheit, verboten.

Die finanzielle Unterstützung ist zentral für die Bekämpfung der Corona- Pandemie. Kern des Gesetzes bilden die wirtschaftlichen Abfederungsmassnahmen für direkt und indirekt betroffene Branchen, von Gastronomie über Kultur bis hin zu den Medien. Wir wollen, dass sich Menschen in Existenznot gestützt fühlen, deshalb: **JA** zum **Covid-Gesetz**.